

5

Bonn, 27. September 1951

*Sprecher: Adenauer (nachmittags), Albers (nachmittags), Bach, von Brentano (nachmittags), Dittel, Frau Gröwel (nachmittags), Hilpert, Holzapfel, Kaiser (nachmittags), Kiesinger (ohne Wortmeldung), Krone (nachmittags), Lubbers, Simpfendorfer, Strickrodt, Süsterhenn, Zimmer. Finanzen der Partei; Demission Bachs als Bundesschatzmeister. Vorbereitung des Parteitags in Karlsruhe. Referatsthemen und Referenten.*

Beginn: 9.30 Uhr  
17.30 Uhr

Ende: 11.00 Uhr  
19.30 Uhr

In Abwesenheit des Bundeskanzlers leitete Dr. Holzapfel die Vorstandssitzung.

Bach erstattete Bericht über die Finanzen. Die monatlichen Einnahmen der Partei betrügen z.Z. etwa DM 100.000,-. Die NEI-Tagung<sup>1</sup> sei voll bezahlt worden, ebenso sei der Parteitag<sup>2</sup> finanziell gesichert. Hessen beantrage einen Kredit von DM 5.000,-. An den Kreis Lüneburg seien DM 2.000,- und für eine Broschüre des Schlesierbundes DM 1.000,- gezahlt worden. In Westfalen ständen zwei Nachwahlen zum Landtag<sup>3</sup> vor der Tür, von denen die Regierung und das Schulgesetz abhingen. Für beide Nachwahlen sollen je DM 5.000,- von der Bundespartei zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten des Parteitages würden sich auf DM 44.000,- belaufen. Die NEI habe DM 20.000,- gekostet. Für die Ausschüsse müßten DM 10.000,- zur Verfügung gestellt werden. Die Bundesgeschäftsstelle beantrage eine Rotaprint-Anlage zum Preise von DM 17.500,-. Damit würden die vorhandenen Mittel bis zum 30. September 1951 aufgebraucht sein. Die Entwicklung der Sonderaktion des „Wirtschaftsbildes“ sei aber derart<sup>4</sup>, daß man mit Rücklagen für die Bundestagswahl von insgesamt DM 700.000,- rechnen könne. Bach teilte mit, er habe aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Bundesschatzmeister niedergelegt

---

1 Vom 14.-16. September 1951 in Bad Ems.

2 Der Bundesparteitag fand vom 18.-21. Oktober 1951 in Karlsruhe statt.

3 Nachwahlen waren in Hamm und Wiedenbrück durch den Tod des CDU-Abgeordneten Adolf Kaschny (am 16. September 1951) und durch die Berufung des Abgeordneten Herbert Scholtissek zum Bundesverfassungsrichter nach Karlsruhe (20. September 1951) notwendig geworden. Sie fanden am 28. Oktober 1951 statt. Beide Mandate wurden wiedergewonnen (Listenverbindung CDU/Zentrum) durch Helmut Kaufhold und Ferdinand Poggel (ACDP III-002-253).

4 Bach hatte sich seit Mai mit Erfolg um intensive Werbung bemüht (vgl. Bach an Adenauer vom 6. Juni 1951, ACDP VII-002-003).

und dem Bundeskanzler mitgeteilt, er würde dieses Amt nur noch höchstens bis Ende des Jahres führen<sup>5</sup>.

*Holzapfel* entschuldigte den Kanzler, der sich noch im Parlament befindet. Er fragt, ob der Vorstand die vom Bundesschatzmeister beantragten Beträge bewilligen wolle.

Der Vorstand bewilligt die Beträge für den Parteitag, für Lüneburg, für die Schlesier-Broschüre, für Hessen, für die beiden Nachwahlen in Nordrhein-Westfalen, für die Ausschüsse und für die Rotaprint-Anlage.

*Dichtel* erklärt, die Demission des Bundesschatzmeisters könne nicht ohne weiteres hingenommen werden. Man müsse Herrn Bach bitten, das Amt weiterzuführen. Dichtel forderte eine stärkere Kundenpflege im „Wirtschaftsbild“.

*Holzapfel* berichtete, für die Kunden des „Wirtschaftsbildes“ seien regelmäßige Tagungen zusammen mit Bundesministern vorgesehen. Wegen der Überlastung der Minister habe bisher nur wenig geschehen können.

Zwischen *Bach* und *Dichtel* entwickelt sich eine Debatte über das „Wirtschaftsbild“ und über den Rücktritt des Bundesschatzmeisters.

*Holzapfel* erklärt, Bach könne seinen Posten nicht niederlegen, da kein Nachfolger vorhanden sei.

*Zimmer* bittet ebenfalls, Bach möge nicht zurücktreten. Allerdings habe die Partei die Verpflichtung, ihm die Führung seines Amtes zu erleichtern. Insbesondere müßten ihm die Landesverbände mehr Unterstützung geben.

*Holzapfel* berichtet, aus verschiedensten Kreisen der Partei sei man an ihn herangetreten mit der Bitte, den Parteitag zu verschieben. Er habe diese Wünsche dem Kanzler vorgetragen, der aber gegen eine Verschiebung sei, weil sie der Partei als Schwächezeichen ausgelegt werde. Trotzdem aber habe er den Zeitdruck zu bedenken, unter dem wir stehen.

*Lubbers* berichtet über seine Unterredung mit dem Bundeskanzler bezüglich des Parteitages, insbesondere über die Wünsche des Kanzlers für die Referate. Der Kanzler habe bereits mit Prof. Dempf<sup>6</sup> verhandelt, der bereit sei, das Grundsatzreferat zu übernehmen.

*Bach* erklärt im Gegensatz zu Dr. *Holzapfel*, der Parteitag dürfe nicht verschoben werden. Der Kanzler solle über das Thema der deutschen Sicherheit sprechen. Ministerpräsident Arnold habe man das Referat über die soziale Sicherheit des deutschen Volkes zugesucht, und man müsse Arnold herausstellen, um zu zeigen,

---

5 Hinter der angekündigten Demission Bachs als Bundesschatzmeister stand offenbar seine Forderung, nur dann im Amt bleiben zu wollen, wenn ihm die organisatorische Leitung der Partei übertragen werde. Vgl. Vermerk Lenz für Adenauer vom 8. November 1950 (StBKAH 05.05).

6 Dr. Alois Dempf (1891–1982), Professor für Philosophie. Er sprach als Korreferent von Tillmanns über „Standort und Aufgabe der CDU“ am 21. Oktober 1951 auf dem Parteitag in Karlsruhe (vgl. CDU, 2. Parteitag S. 119–128).

daß die CDU die Spannungen in ihren Reihen überbrücken könne. In einem dritten Referat solle Bundespräsident Ehlers<sup>7</sup> den geschichtlichen Auftrag der CDU behandeln. Das Grundsatzreferat könne man nicht einem Professor überlassen, sondern es müsse von einem Politiker gehalten werden.

*Simpfendorfer* erklärt, nicht die Außenpolitik sei z.Z. die Hauptsache, sondern die Innenpolitik. Das sozialpolitische Referat auf dem Parteitag müsse aber auch die Wirtschaftspolitik in sich schließen. Insbesondere müsse es die Sorgen und Nöte des Mittelstandes, der Bauern usw. behandeln.

*Lubbers* berichtete von dem Wunsch des Kanzlers, das Grundsatzreferat in diesem Jahr von einem Katholiken halten zu lassen, da es im vorigen Jahr von Prof. Stier<sup>8</sup>, also einem Protestant, gehalten worden sei.

*Süsterhenn* warnte davor, Prof. Dempf das Grundsatzreferat zu geben, da es zu abstrakt sei. Arnold müsse man herausstellen, um die Einheit der Partei zu manifestieren.

*Simpfendorfer* stellt die Frage, ob überhaupt ein Grundsatzreferat notwendig sei. Die Grundsätze der CDU müßten in allen Referaten zum Ausdruck kommen.

*Holzapfel* betont, mit der Entscheidung des Kanzlers sei die Frage schon bejaht. Es sei traurig, daß der Bundeskanzler bereits mit Prof. Dempf verhandelt habe. Man habe doch die Auswahl der Referenten dem eigens dazu gewählten Ausschuß vorbehalten. Das Verhalten des Bundeskanzlers sei nicht geeignet, die Freude an der Arbeit zu haben.

Auch *Dichtel* sprach sich dafür aus, daß Arnold ein Referat halten müsse. Arnold dürfe aber nicht nur aus der Schau der Sozialausschüsse sprechen, sondern er müsse auch den Mittelstand und die übrige Wirtschaft einbeziehen. Es müsse also die Wirtschafts- und Sozialpolitik in weitestem Maße behandelt werden. Ein Grundsatzreferat sei unbedingt notwendig. Er sei dafür, daß es von Ehlers gehalten werde.

*Hilpert* hielt es für unmöglich, den Parteitag zu verschieben. Man müsse der Diskussion einen breiten Raum vorbehalten. Etwaiger Differenzen innerhalb der Partei brauche man sich nicht zu schämen. Man solle sie offen austragen. Notwendig sei, in guten Entschließungen den Standort der Partei herauszuarbeiten. Auch Dr. Hilpert sprach sich für das Grundsatzreferat aus. Der Dreiklang Adenauer, Arnold, Ehlers sei sehr gut. Ehlers könne das Grundsatzreferat verbinden mit

7 Hermann Ehlers (1904–1954), 1934–1936 Rechtsberater des Bruderrats der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, 1945 juristischer Oberkirchenrat in Oldenburg, 1949–1954 MdB (CDU), 1950–1954 Bundespräsident, 1952–1954 Vorsitzender des Landesverbands Oldenburg. Vgl. Friedrich SCHRAMM in GRÜNDUNG S. 129–144; Ein Christ in der Politik. Hermann Ehlers zum Gedenken 1904–1954. Bearb. von Walter BERNHARDT. Neumünster 1985.

8 Dr. Hans Erich Stier (1902–1979), Professor für Alte Geschichte; Mitgründer der CDU Münster und 1946–1954 Vorsitzender, zeitweise Mitglied des Landesvorstands der CDU Westfalen und des Landespräsidiums der CDU Nordrhein-Westfalen, 1946–1970 MdL, Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der Bundes-CDU, Mitgründer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU.

einem Bericht über die Arbeit der Fraktion. Auf keinen Fall möge man einen Professor herausstellen.

*Holzapfel* betonte, man müsse es der Fraktion überlassen, welchen Redner sie herausstellen wolle.

*Süsterhenn* schlug vor, den Fraktionsbericht an das Referat Arnold anzuhängen und das Grundsatzreferat am Sonntag halten zu lassen.

*Strickrodt* stellte fest, es herrsche Einigkeit darüber, daß Arnold sprechen solle. Für Arnold sei dieses Referat eine große Chance. Man müsse aber mit ihm sprechen, daß er sein Referat maßvoll halte, daß er auch die Unternehmer berücksichtige und daß er unter keinen Umständen eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft propagiere. Es sei eine sehr delikate Angelegenheit, dies mit Arnold zu besprechen.

*Holzapfel* stellte fest, daß der Vorstand dem Parteiausschuß als Redner vorschlagen wolle: Dr. Adenauer, Dr. Ehlers, Arnold.

*Bach* schlug als Themen vor: 1. Europa und die deutsche Sicherheit (Redner: Adenauer), 2. Die soziale Sicherung Deutschlands (Redner: Arnold), 3. Standort und Aufgabe der CDU (Redner: Dr. Ehlers). An das Referat Arnold könne der Fraktionsbericht angehängt werden. Bach schlug weiter vor, das Präsidium aus den fünf Landesverbandsvorsitzenden des süddeutschen Raumes zu wählen.

Nach einer kurzen Diskussion wurde beschlossen, der Exil-CDU DM 13.000,- und dem Landesverband Oder-Neiße DM 2.000,- als Unterstützung für den Parteitag zur Verfügung zu stellen.

Schluß der Vormittagssitzung gegen 11 Uhr.

Um 17.30 Uhr wurde die Vorstandssitzung unter Vorsitz Dr. Adenauers fortgesetzt.

*Adenauer* schlug vor, jedes Thema des Parteitages durch einen Referenten und einen Koreferenten im Verhältnis von 40 : 20 Minuten behandeln zu lassen. Dadurch bekomme man mehr Abwechslung ins Programm und könne mehr Redner berücksichtigen. Unbedingt müsse eine Frau sprechen.

*Kaiser* hatte Bedenken gegen Koreferate wegen der schlechten Erfahrungen, die man insbesondere wegen der Einhaltung der Zeit gemacht habe.

*Adenauer* forderte, daß jeder Redner sein Referat rechtzeitig vorher zu Papier bringe.

*Albers* betonte, dem Bundeskanzler könne man keine Zeitbeschränkung auferlegen. Aber auch bei den anderen Rednern sei es schwierig. Man müsse sich vor allen Dingen endlich darüber klarwerden, wieviel und welche Referate gehalten werden sollten.

*Hilpert* sagte, es sei schwierig, Referate und Koreferate richtig aufeinander abzustimmen. Man könne ja den ersten Diskussionsredner gewissermaßen als Koreferenten jeweils sprechen lassen.

Nach einer längeren Debatte meinte *Adenauer*, wenn der erste Diskussionsredner Koreferent sein solle, so komme er nicht recht in die Optik, und das sei ja doch der Zweck.

*Kaiser* plädierte dafür, sein Koreferat nur beim Grundsatzreferat einzusetzen. Die Berücksichtigung der Frauen könne dadurch erfolgen, daß eine Frau Vizepräsident des Parteitages werde.

*Adenauer* berichtete über die gespannte Stimmung in katholischen Kreisen, die über bevorzugte Berücksichtigung von Protestanten herrsche. Als neuerliches Beispiel führte er die Benennung Höpker Aschoffs zum Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes an.

*Kaiser* betonte, die Katholiken müßten wegen ihrer größeren inneren Geschlossenheit mehr für die Union tun, als es die Protestanten tun könnten. Die Katholiken dürften nicht kleinlich sein.

*Adenauer* wies darauf hin, daß die katholische Geistlichkeit mehr und mehr der CDU kühl gegenüberstehe, und dies würde sich sehr auf die Stimmung im katholischen Lager auswirken. Auf jeden Fall müßten in Karlsruhe beide Konfessionen repräsentabel vertreten sein.

*Bach* beschwerte sich über Mißstände in der personellen Besetzung verschiedener oberer Behörden. Beispielsweise gebe es im Kultusministerium Nordrhein-Westfalen keinen protestantischen CDU-Referenten. Auch in den Bundesministrien gehörten die protestantischen Referenten durchweg der FDP an<sup>9</sup>.

Es entspann sich eine längere Debatte um den Referenten für das Grundsatzreferat, insbesondere um den Vorschlag Dr. Tillmanns<sup>10</sup>.

*Gröwel* schlug vor, in der Schlußkundgebung eine Frau sprechen zu lassen, etwa über das Thema: „Der Friede und die Sicherheit“.

*Krone* schlug vor, bei jedem Referat zwei Namen zu nennen, wobei der erste der Hauptreferent, der zweite sozusagen der erste Diskussionsredner sein solle. Nach Arnold solle Minister Erhard sprechen, nach Tillmanns Süsterhenn und evtl. noch ein Protestant nach Brentano.

*Adenauer* wandte sich dagegen, daß Erhard nach Arnold spreche.

*Albers* schlug vor, Dr. Holzapfel im Anschluß an Arnold sprechen zu lassen.

Demgemäß beschlossen.

*Adenauer* hatte Zweifel, ob es richtig sei, nach Tillmanns Dr. Süsterhenn sprechen zu lassen. Es sei notwendig, die Professoren für die CDU zu interessieren, damit sich endlich die Wissenschaft einmal mit unserer Partei beschäftige.

9 Vgl. zum Problem der konfessionellen Zusammensetzung WENGST: Staatsaufbau S. 181f.

10 Dr. Robert Tillmanns (1896–1955), Mitgründer der CDU Berlin, 1949–1955 MdB, 1952–1955 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Berlin-West, 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben. Vgl. Norbert KACZMAREK in CHRISTLICHE DEMOKRATEN S. 382–402.

*Hilpert* hielt Referate auf dem Parteitag nicht für einen guten Weg, an die Wissenschaft heranzukommen. Er schlug vielmehr vor, einer Gruppe von Wissenschaftlern den Auftrag zu geben, etwa im Zeitraum eines Jahres ein gutes Handbuch der CDU zu schaffen.

*Krone* schlug für das Grundsatzreferat die Reihenfolge Dr. Tillmanns – Prof. Dempf vor.

*Adenauer* bat Kiesinger, mit Prof. Dempf zu sprechen. Auch Minister Schäffer solle Verbindung mit Dempf aufnehmen.

*Holzapfel* schlug vor, Prof. Dempf in einem Kreis intellektueller Menschen sprechen zu lassen und diese Veranstaltung auf das Programm zu setzen.

Nach einer kurzen Debatte über die Gestaltung der Schlußkundgebung wurde beschlossen, einer evangelischen Frau und Minister Kaiser die Referate zu übertragen.

Für die Frau schlug *Bach* Frau Dr. Rehling<sup>11</sup> vor.

*Kaiser* forderte, eine Frau ins Präsidium zu nehmen.

Für das Präsidium machte *Holzapfel* folgenden Vorschlag: Präsident Dr. Gurk, 1. Vizepräsidentin eine Frau, die übrigen Mitglieder des Präsidiums sollen die Vorsitzenden der süddeutschen Landesverbände sein.

*Von Brentano* bemängelt es, daß die Vertriebenen auf dem Parteitag nicht genügend berücksichtigt würden.

*Adenauer* schloß sich dieser Beschwerde an und bezeichnete das Vertriebenenproblem als ein Problem erster Ordnung. Es entspann sich eine Debatte um die Berücksichtigung der Vertriebenen, der Jugend, der Frauen usw. auf dem Parteitag.

Auf Vorschlag *Holzapfels* wurde beschlossen, die Ausschußvorsitzenden für die Berichterstattung über ihre Ausschüsse namentlich aufs Programm zu setzen.

Endlich wurde beschlossen, die Schlußveranstaltung des Parteitages zugleich als öffentliche Kundgebung aufzuziehen.

*Von Brentano* schlug vor, Vertreter für die NEI-Gremien zu wählen und zugleich zu genehmigen, daß in der Bundesgeschäftsstelle ein Auslandsreferat eingerichtet würde. Als Vertreter im Kulturausschuß der NEI schlug er vor Graf Spreti<sup>12</sup> und Frau Dr. Rehling, für den Exekutivausschuß Dr. Süsterhenn und Schröter.

*Bach* hielt es nicht für gut, in diesem Augenblick Schröter herauszustellen.

---

11 Dr. Luise Rehling (1896–1964), 1945 Stadtverordnete in Hagen, Mitglied des CDU-Zonenausschusses für die britische Zone und der interzonalen Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1949–1964 MdB. Vgl. Marlene LENZ in CHRISTLICHE DEMOKRATEN S. 295–312.

12 Karl Graf von Spreti (1907–1970), vor 1933 Mitglied der Volkskonservativen Bewegung bzw. BVP, 1947–1956 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Lindau, 1948 Stadtrat in Lindau, 1949–1956 MdB (CSU), 1953–1956 Delegierter im Europarat, nach 1956 Botschafter.

*Hilpert* schlug vor, statt Schröter Dr. Strickrodt ins Exekutivkomitee zu entsenden.

Demgemäß beschlossen.

*Von Brentano* schlug ferner vor, ein parlamentarisches Verbindungsreferat in der Bundesgeschäftsstelle zu schaffen, das die Verbindung zwischen den Fraktionen der Länder, des Bundestages und der Partei herstellen soll.

Das Referat wurde grundsätzlich genehmigt.

Schluß der Sitzung gegen 19.30 Uhr.

## 6

Karlsruhe, 19. Oktober 1951

*Sprecher: Adenauer (2. Hälfte), Bach, von Brentano, Dichtel, Frau Gröwel, Gerk, Hilpert, Holzapfel, Kaiser, Kiesinger, Majonica, Schreiber, Schröter, Simpfendorfer, Zimmer.  
Finanzen und Organisation der Partei: Finanzlage, Bezahlung und Schulung der Geschäftsführer, Mitgliedsbeiträge, Kandidatenaufstellung. Mitbestimmung, Stellung der Gewerkschaften. Terminierung von Bundesvorstands- und Parteiausschußsitzungen. Antrag zur Bundeshymne.*

Beginn: 13.00 Uhr

Ende: 15.00 Uhr

In Abwesenheit des Bundeskanzlers leitete Dr. Holzapfel die Vorstandssitzung.

*Bach* erstattete zunächst den Kassenbericht und gab einen Überblick über die steigende Entwicklung des Vertriebs des „Wirtschaftsbildes“. Die monatlichen Einnahmen betrugen z.Z. DM 100.000,-. Alle Verpflichtungen seien bezahlt (NEI-Tagung in Bad Ems). Sodann deutete er die voraussichtlichen Ausgaben: Bundesparteitag, Unterstützung der Wahlkreise bei Nachwahlen, Schulung, Einsetzung der Kreisgeschäftsführer usw. an.

*Schreiber* schnitt im Anschluß hieran die Frage der Besoldung der Landesverbandssekretariate an, wobei er sich auf den auf der 5. Vorstandssitzung gefaßten Beschuß<sup>1</sup> berief und bittet, die Besoldungsfrage zu klären.

*Bach* verwies darauf, daß ein Teil der Landesverbände diese Regelung ablehnt habe. Demgegenüber sei beabsichtigt, noch im November d.J. zwei Schulungskurse für die Wahlkreisgeschäftsführer abzuhalten und bis Januar 1952 25 und bis

---

<sup>1</sup> Vgl. Nr. 4 S. 62.